

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende zu. Bevor sich auch der Landtag in die Weihnachtspause verabschiedet, stand diese Woche noch das Dreitages-Plenum mit einer Fülle von Themen an. Für uns FREIE WÄHLER war dieses Mal insbesondere die Aktuelle Stunde wichtig, bei der wir die **Forderung nach einem gesamt-bayerischen Flughafenkonzept anstelle der dritten Startbahn in München** ins Plenum eingebracht haben.

Ein vom Flughafen München selbst in Auftrag gegebenes Gutachten legt offen, dass noch ausreichende Kapazitäten durch die beiden bestehenden Start- und Landebahnen vorhanden sind.

Die aktuellen Zahlen zeigen deutlich, dass in München derzeit noch zusätzlich bis zu 100.000 Flugbewegungen pro Jahr möglich wären. Die Staatsregierung darf diese Fakten nicht länger übergehen.

Wir haben in der Debatte noch einmal dargelegt, dass damit die dritte Startbahn vollkommen überflüssig ist und außerdem eine unnötige Konkurrenz für die Standorte Nürnberg und Memmingen bedeutet. An den beiden Flughäfen würde sich die Situation weiter verschärfen. Wir FREIE WÄHLER werden ein endloses Verschieben der Entscheidung über die Piste nicht länger tolerieren und fordern die Bayerische Staatsregierung auf, der Realität endlich ins Auge zu sehen:



*Prof. (Univ.Lima) Dr.
Peter Bauer, MdL
Pflege- und Kulturpolitischer
Sprecher,
Frankensprecher*

Die beste Lösung ist ein Flughafen-Gesamtkonzept München-Nürnberg-Memmingen – dafür setzten wir FREIE WÄHLER uns seit Langem ein.

Bereits seit mehreren Jahren engagiere ich mich persönlich für eine nachhaltige, gesunde und wirtschaftliche Entwicklung des Nürnberger Flughafens. Eine unnötige dritte Startbahn in München wäre eine weitere Konkurrenz für Nürnberg.

R ü c k b l i c k

Seit Jahren haben die Landtagsfraktionen um Leitsätze in der bayerischen **Entwicklungszusammenarbeit** gerungen. Nun ist es gelungen, diese in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem **Eine Welt-Netzwerk Bayern e.V.** zu erarbeiten und einen interfraktionellen Antrag zu formulieren. Es ist unser gemeinsames Ziel, dass die Eine-Welt-Politik des Freistaates Bayern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, weltweit einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit, zu einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung sowie zur Völkerverständigung leistet. Die Lebensbedingungen der Menschen in den Partnerländern sollen verbessert und gute Regierungsführung gestärkt werden.

Bereits im Oktober hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen Antrag gegen die **Vergemeinschaftung der Einlagensicherung** in Europa eingebracht. Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass künftig sämtliche Bestrebungen nach einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherungen abgelehnt werden. Es kann schließlich nicht angehen, dass die über Jahre zum Schutz der Kundeneinlagen im Rahmen bestehender Instituts- und Einlagensicherungssysteme gebildeten Sicherungsmittel, insbesondere bei Genossenschaftsbanken und Sparkassen, für eine grenzüberschreitende Haftung für Kreditinstitute mit unterschiedlichen bzw. teils risikobehafteten Geschäftsmodellen herangezogen werden. Die Umsetzung solcher Pläne würde letztlich bedeuten, dass deutsche Sparer zur Rettung ausländischer Banken herangezogen werden können. Das wollten wir FREIE WÄHLER unbedingt verhindern. Erfreulicherweise wurde dem Antrag im zuständigen Ausschuss auch einstimmig zugestimmt.

Umso befremdlicher ist es, dass die CSU nun einen inhaltsgleichen Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht hat. Wieder einmal übernimmt die CSU damit die guten Ideen der FREIEN WÄHLER und verkauft sie als ihre eigenen!

Bei der Plenarsitzung am Mittwoch wurde auch der **Nachtragshaushalt** verabschiedet. Wir FREIE WÄHLER haben den Entwurf abgelehnt. Zwar begrüßen wir, dass durch den Nachtragshaushalt weit über 2000 neue Stellen geschaffen werden sollen, insbesondere im Bereich der Polizei und inneren Sicherheit, der Lehrer, der Justiz und der allgemeinen inneren Verwaltung, und der Entwurf damit den jahrelangen Forderungen der FREIEN WÄHLER nachkommt. Allerdings hat die Staatsregierung viele gute und vernünftige Vorschläge der Opposition nicht aufgegriffen. Es ist zum Beispiel völlig unverständlich, warum die CSU geschlossen gegen die Anträge der FREIEN WÄHLER zur Erhöhung der Fördermittel für die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, der Wohnraumförderung und der Entlastung der Kommunen im Bereich Asyl gestimmt hat. Völlig inakzeptabel ist für uns auch die schon historische Tatsache, dass im Haushaltsentwurf der Regierung 50 Millionen Euro „Fraktionsspielgeld“ eingestellt wurden, die allein der CSU zur Finanzierung von „Wahlkreisprojekten“ zur Verfügung stehen. Das ist nicht hinnehmbar!

Die **Umsetzung des Haushaltsentwurfs** stellt in unseren Augen eine große Herausforderung dar. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb von der Staatsregierung, ihr Konzept vorzustellen, wie die durch den Nachtragshaushalt neu geschaffenen Stellen auch tatsächlich schnellstmöglich besetzt werden können. Wir wollen konkret wissen, wann, wo und wie welche Stellen tatsächlich angesiedelt werden sollen. Nur so können sich die Betroffenen vor Ort nämlich auch rechtzeitig auf die Neuerungen einstellen.

In zweiter Lesung wurde unser Gesetzentwurf zur **Wiederbelebung des Diplomstudienganges** behandelt. Wir fordern darin die Wiedereinführung des Diploms als einen weiteren berufsqualifizierenden Studienabschluss in bestimmten Fächern. Dieser bewährte und international hoch anerkannte Abschluss wurde nämlich mit der Einführung der Bachelor-Master-Studienabschlüsse auch in Bayern weitgehend abgeschafft. Mittlerweile üben nicht nur Bildungspolitiker, sondern auch Vertreter der Wirtschaft offen Kritik an den Bachelor-Abschlüssen. Schon aufgrund der relativen Kürze der vorgesehenen Studienzeiten werden diese häufig als „Schmalspur-Abschluss“ angesehen. In vielen Berufen wird außerdem ein Masterabschluss erwartet, um qualifiziert arbeiten zu können. Die Abschaffung des Diploms war eine der größten hochschulpolitischen Dummheiten der letzten Jahrzehnte. Das wollen wir ändern.

Wir wollen die anerkannte Marke des Diploms neu beleben, wir wollen sie praxis- und anwendungsorientiert in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und wissenschaftsfundiert mit einer eigenen Diplomarbeit gestalten. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Mit einem Dringlichkeitsantrag zum **Wertstoffgesetz** haben wir ein äußerst wichtiges Problem aufgegriffen. Denn die geplante Neuregelung des Bundesumweltministeriums ist ein Angriff auf die kommunale Daseinsvorsorge. Kommunen verlieren massiv Erlöse für Altpapier und Altmetall und die Bürger bezahlen bis zu 20 Prozent mehr an Gebühren. Wir fordern deshalb eine Überarbeitung des Wertstoffgesetzes, bei der die Belange der Kommunen, der Umwelt und der Bürger tatsächlich angemessen berücksichtigt werden.

F r o h e W e i h n a c h t e n

„Blüh denn, leuchte, goldner Baum,
Erdenraum und Himmelstraum;
blüh und leuchte in Ewigkeit
durch die arme Zeitlichkeit!

Sei uns Bild und sei uns Schein,
dass wir sollen tapfer sein
auf des Lebens Pilgerbahn,
kämpfend gegen Lug und Wahn.“

Mit diesem Gedicht des Schriftstellers und Freiheitskämpfers Ernst Moritz Arndt wollen wir uns für dieses Jahr von Ihnen verabschieden. Wir wünschen Ihnen und allen Ihren Lieben frohe Festtage und ein glückliches Neues Jahr.

Impressum

Marco Meier
Pressereferent

Abgeordnetenbüro

Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL
Frankensprecher
Pflegepolitischer Sprecher
Kulturpolitischer Sprecher
Kreisrat

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
Weinbergstr. 47
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 - 207585
Fax: 09827 - 207586
E-mail: peter.bauer@fw-landtag.de

Internetseiten: www.frankensprecher.de
www.fw-landtag.de
www.fw-bayern.de

Twitter: <https://twitter.com/FRANKENSPRECHER>
Google+: [Bauer@G+](https://plus.google.com/+Bauer@G+)
Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>



Eigentum schützen, Mittelstand stärken! – [Hier klicken!](#)